



Guantánamo

Das Militärgefängnis Guantánamo bleibt ein Schandfleck in der Menschenrechtsbilanz der Vereinigten Staaten von Amerika. Solange die Haftanstalt geöffnet bleibt, werden kontinuierlich Menschenrechtsverletzungen begangen. Seit mehr als 17 Jahren werden Gefangene dort teilweise ohne Anklage festgehalten oder erwarten einen Prozess vor einem Militärgericht. Schlimmstenfalls erwartet sie dort die Todesstrafe. Keiner von ihnen wurde angemessen medizinisch versorgt, und diejenigen, die die Folter durch US Beamte überlebt haben, haben bis heute keine medizinische Untersuchung erhalten, um die physischen und psychischen Verletzungen in Folge der erlittenen Folter zu klären.

Präsident Trump widerrief in einer Rede am 30. Januar 2018 die Entscheidung von Präsident Obama, das Militärgefängnis zu schließen. Er schlug vor, mehr Häftlinge dorthin zu schicken. Im Januar 2018 waren immer noch 41 Männer in der Haftanstalt Guantánamo inhaftiert. Viele von ihnen wurden während ihrer Inhaftierung gefoltert. Einige der Gefangenen wurden zur Freilassung freigegeben, aber die Regierung hatte bis dahin nichts unternommen, um das umzusetzen. Einer dieser Gefangenen ist Toffiq al-Bihani, der von der CIA gefoltert wurde, bevor er im Jahr 2003 nach Guantánamo kam. Er ist seit 2010 zur Freilassung freigegeben.

Ende April 2018 sagte ein Sprecher des Pentagons, dass „wir versuchen, Länder dazu zu ermutigen, ihre Bürger zurückzunehmen“. Im Mai wurde der Gefangene Ahmed Mohammed Ahmed Haza al Darbi von Guantánamo nach Saudi-Arabien zurückgeschickt, um dort laut eines Pentagonsprechers „den Rest seiner 13jährigen Haft zu verbringen“. Das war der erste Gefangenentransfer, seit Präsident Trump sein Amt angetreten hat. Ahmed Mohammed Ahmed Haza al Darbi wurde im Juni 2002 von Zivilbeamten auf dem Flughafen von Baku festgenommen und im August den US-Behörden übergeben und in die US-Basis Baghram, Afghanistan gebracht, bevor er im März 2003 nach Guantánamo

überführt wurde. Im Februar bekannte er sich vor der Militärkommission schuldig wegen Verschwörung, Angriff auf Zivilpersonen, Gefährdung eines Schiffes und Terrorismus. Außerdem verpflichtete er sich, auf jegliche Berufung sowie auf „jeglichen Rechtsanspruch“ gegen die USA oder deren Vertreter/innen hinsichtlich seiner „Gefangennahme, Inhaftierung, Haftbedingungen“ zu verzichten.

Willkürliche Verhaftung und Misshandlung von Asylsuchenden

In den Jahren 2017 und 2018 haben die US-Behörden gewaltsam tausende von asylsuchenden Familien getrennt und damit bewusst und mit voller Absicht extremes Leid über diese Familien gebracht. Diese Misshandlungen kamen in manchen Fällen Folter gleich. Außerdem sind die Behörden mehr und mehr dazu übergegangen, willkürliche und unbegrenzte Inhaftierung von Asylsuchenden als Mittel der Abschreckung einzusetzen und die Menschen davon abzuhalten, einen Asylantrag zu stellen. Frauen, Kinder, ältere und kranke Menschen sowie LGBTI Menschen haben ein besonders großes Risiko, misshandelt zu werden. Einige Asylsuchende sind bereits seit mehreren Jahren inhaftiert, ohne Aussicht und Möglichkeiten, eine Haftentlassung beantragen zu können.

Tödliche Polizeigewalt

Fast 1000 Menschen wurden im Jahr 2018 von Polizeibeamten/innen durch Schusswaffen getötet. Die begrenzten Daten, die dazu vorliegen, legen nahe, dass schwarze Amerikaner/innen unverhältnismäßig oft von tödlicher Polizeigewalt betroffen sind. Die Washington Post dokumentierte 992 Fälle von tödlicher Polizeigewalt – 229 Menschen, oder 23 Prozent, waren Schwarze, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 13,4 Prozent ausmacht. Die US-Regierung verfolgt nicht effektiv, wie viele dieser Tötungen durch Polizeikräfte tatsächlich jährlich erfolgen. Der Death in Custody Reporting Act (DiCRA (Public Law No. 113-242) verlangt die Schaffung eines nationalen Systems zur Dokumentation der Tötungen durch Polizeikräfte und die Veröffentlichung eines jährlichen Berichts. Der DiCRA ist jedoch bis jetzt nicht voll implementiert worden.

Gina Haspel/CIA

Seit Mai 2018 ist Gina Haspel die Direktorin des Zentralen Nachrichtendienstes (CIA). Amnesty International verlangt eine vollständige Untersuchung der Vorwürfe, dass Haspel angeblich eine entscheidende Rolle in einem geheimen CIA Programm gespielt hat. In diesem Programm wurden Verbrechen wie Folter und Verschwindenlassen, Verbrechen nach internationalem Recht, begangen. In geheimen Gefängnissen der CIA in Thailand wurden zwischen 2002 und 2008 mehr als 100 mutmaßliche Terroristen festgehalten. Mindestens 39 Menschen sollen mit Methoden wie Waterboarding, Schlafentzug und stundenlangem Stehen gefoltert worden sein.

Nach der Anhörung im Senat und der Wahl von Haspel zur CIA Direktorin bleibt die Öffentlichkeit im Dunkeln über ihre genaue Verstrickung und das Ausmaß ihrer Aktivitäten bei dem geheimen Inhaftierungsprogramm.

www.amnesty.org/download/Documents/AMR5184382018ENGLISH.PDF

www.amnesty.be/IMG/pdf/202005_united_states_of_america-_rolling_back_of_human_rights_obligations.pdf

www.amnesty.org/en/latest/news/2019/01/usa-17-years-later-guantanamo-prison-remains-a-threat-to-human-rights/

Amnesty International 16 May 2018 16 May 2018 AI Index: AMR 51/8438/2018